

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	IAFP oder PGB	Seite	Direktion	Dienststelle	PG-Nr.	Planungserklärung / Antrag	Begründung
1	SVP	PGB		A_über	A_über	A_übergeordr	Rückweisung: Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, 50 Millionen einzusparen; dies unter Ausarbeitung einer Verzichtplanung insbesondere und Priorisierung der Aufgaben. Es sind weitere unnötig teure Sanierungen zurückzustellen und die Projekte entsprechend anzupassen und/oder definitiv zu verzichten.	Die Stadt muss endlich sparen. Der Umstand, dass die Stadt in den vergangenen Jahren trotz hohen Steuererträgen und den seit Jahren ausgesprochenen Warnungen der SVP frivol das Steuergelder ausgab, zeigt dass der Gemeinderat Stadt Bern nach wie vor nicht gewillt ist, in die nötigen einschneidenden Massnahmen zu ergreifen. Es gilt eine Steuerhöhung nach den Wahlen zu verhindern.
2	SVP	PGB		A_über	A_über	A_übergeordr	Eventual-Rückweisung: Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, den Steuersatz ist von 1.54 auf 1, 49 zu senken; das Budget 2023 darf kein Defizit ausweisen; es dürfen keine neuen Aufgaben (ohne Kompensation) übernommen werden; es sei eine Verzichtplanung insbesondere bei Investitionen vorzulegen, dabei sei zu priorisieren, welche Ausgaben vorangestellt werden sollen; dies unter Angabe der entsprechenden Gründe.	Wenn die Stadt Bern über zu viele Steuereinnahmen auf Vorrat erzielt, wird das Geld -anstelle von Steuersenkungen - wiederum leichtfertig für neue Aufgaben ausgegeben. Es sei auf die vergangenen Jahre verwiesen, in denen den Steuerpflichtigen die ihnen eigentlich zustehende Steuersenkung mehrmals verweigert wurde. Die Stadt lernt nur sparen, wenn die Mittel entsprechend Angesichts der Finanzlage beantragt die SVP Fraktion -im Gegensatz zu den vergangenen Jahren - nur eine moderate Senkung.

3	Die Mitte, FDP/JF	PGB		A_über	A_über	A_übergeordn	<p>Rückweisung: Das Produktgruppenbudget 2023 wird vom Stadtrat an den Gemeinderat zur Überarbeitung mit folgenden Auflagen zurückgewiesen: 1. Sparmassnahmen werden grundsätzlich aufwandseitig vorgenommen. 2. Auf die Einführung oder Erhöhung von Steuern und Gebühren ist zu verzichten. 3. Personal- und Sachkosten werden auf dem Stand von 31.12 2022 eingefroren.</p>	<p>Die Ausgaben der Stadt Bern laufen weiterhin ungebremst aus dem Lot. Die Fremdverschuldung muss als Priorität verringert werden. Die Ausgaben haben im Rahmen der verfügbaren (liquiden) Mitteln zu erfolgen – die Investitionen müssen darauf abgestimmt sein (sprich: Alles ausserhalb der dringend notwendigen Massnahmen reduziert oder zurückgestellt werden). Damit soll auch eine Steuererhöhung in jedem Fall verhindert werden, welche eine weitere Abwanderung von Vermögen juristischer und privater Personen zur Folge haben würde (Steuererhöhung = Wachstumsbremse).</p>
---	-------------------	-----	--	--------	--------	--------------	---	---

4	GLP/JGLP	PGB		A_über	A_über	A_übergeordr	<p>Rückweisung: Der Gemeinderat wird aufgefordert dem Stadtrat ein Budget vorzulegen, das dem Grundsatz des Vorsichtsprinzips gerecht wird und insbesondere die Erwartungen korrigiert bezüglich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Feuerwehrrabgabe - der Steuereinnahmen juristischer Personen - der Inflation 	<p>Dem Budget 2023 liegen eine Anzahl nicht nachvollziehbar "positiver" (im Bezug auf das Aufwand-Ertrag-Verhältnis) Annahmen zugrunde und damit wird dem Stadtrat und der Stadtbevölkerung ein falsches Bild der Lage gezeigt. Dies verletzt grundlegende Prinzipien der Budgetierung.</p> <p>Ob die Feuerwehrrabgabe als Kopfsteuer (MCHF 6.2) bei der Stimmbevölkerung eine Mehrheit findet, ist umstritten. Zudem ist angesichts der fortgeschrittenen Zeit ein Inkrafttreten per 2023 unrealistisch.</p> <p>Bei den Unternehmenssteuern wurde wieder mit neuen Rekordeinnahmen gerechnet, obwohl die aktuell äusserst volatile weltpolitische Lage viele Risiken mit sich bringt (Energiekrise, Krieg in der Ukraine) und die Corona-Effekte noch nicht verdaut sind (Konkurse, mehrjährige Verlustvorträge).</p> <p>Obwohl die Inflation bereits Mitte 2022 über 3 % gelegen hat, rechnet der Gemeinderat mit einer Inflation von lediglich 1 %. Folglich sind auch die Konsequenzen daraus in nicht ausreichendem Ausmass im Budget berücksichtigt.</p> <p>Die Lieferengpässe und Preiserhöhungen bspw. bei Baumaterialien führen dazu, dass sich nicht nur geplante Investition verteuern sondern auch solche, die bereits in Umsetzung sind, und damit auch deren Abschreibungen.</p>
---	----------	-----	--	--------	--------	--------------	---	--

5	SVP	PGB		A_über	A_über	A_übergeordr	Allfällige vom Stadtrat zusätzlich zum Antrag des Gemeinderats beschlossene Anträge, die zu Mehrausgaben für die Stadt führen, seien - sofern der Antragsteller keine andere Kompensationsvariante vorsieht, vollumfänglich bei der Verkehrsplanung und/oder der BSS und im Kulturbereich zu kompensierten, wobei der Gemeinderat entscheiden soll, wo und in welchem Umfang die Mehrausgaben jeweils kompensiert werden.	Wir müssen sparen. Die Stadt kann in Anbetracht ihrer knappen Finanzlage nur neue Aufgaben erfüllen, die ihr vom Kanton oder vom Bund vorgeschrieben werden, nicht aber freiwillig Aufgaben übernehmen.
6	GB/JA!	IAFP		A_übergeordnet	A_übergeordnet	A_übergeordr	Es seien Massnahmen für den Gesundheitsschutz und die Entlastung des Personals zu ergreifen. So seien auf weitere Sparmassnahmen beim Personal (insb. Stellenabbau) zu verzichten, wo es die Gesundheit der Arbeitnehmenden erfordert, seien abgebaute Stellen wieder einzustellen.	Auch ohne Sparmassnahmen (FIT II) zulasten des städtischen Personals, haben Arbeitnehmende mit der Pandemie schwierige Zeiten hinter sich, dazu kommt in etlichen Dienststellen die Belastung durch die Ukrainekrise. In dieser Situation führt der Stellenabbau zu einer Überlastung des Personals, die ein gesundheitliches Risiko darstellt. Die Stadt als Arbeitgeberin hat eine Fürsorgepflicht und muss den Gesundheitsschutz der städtischen Angestellten prioritär behandeln. Dies geschieht auch in ihrem eigenen Interesse: Aufgrund des Fachkräftemangels sind überlastungsbedingte Abgänge schwer zu ersetzen.

7	GB/JA!	IAFP	12f.	A_übergeordnet	A_übergeordnet	A_übergeordnet	Auf die zwingende Einhaltung der Steuerungsinstrumente der Finanzstrategie, insb. bezüglich Bruttoverschuldungsanteil, Selbstfinanzierungsgrad sowie positive Erfolgsrechnung sei zu verzichten, bis der Investitionsrückstand aufgeholt ist.	Die selbstaufgelegte Verpflichtung zur Erwirtschaftung von Überschüssen zur Bewältigung der nötigen Investitionen kommt einer städtischen Schuldenbremse gleich. Eine solche priorisiert die Zielgrößen der städtischen Finanzstrategie über dringende Aufgaben der Stadt wie den Werterhalt der städtischen Infrastruktur, Investitionen in die soziale Infrastruktur oder den Erhalt eines lebenswerten Klimas sowohl kommunal (Klimaanpassungsmassnahmen) als auch global (Bekämpfung der Klimaerhitzung) - Aufgaben, die die Aufnahme von Fremdkapital auch über eine selbstgesetzte Zielgrösse hinaus nicht nur rechtfertigen, sondern erforderlich machen. Denn Bern kann diese dringenden Aufgaben nicht erfüllen, ohne zukunftsgerichtete Projekte und die nötigen Personalressourcen für die nachhaltige Umsetzung. Eine ungebremste Klimaerhitzung, ein zu grosser Wertverlust im Verwaltungsvermögen sowie die Vernachlässigung der sozialen Angebote sind ein wesentlich schlimmeres Vermächtnis an zukünftige Generationen als eine vorübergehende Erhöhung der städtischen Schulden.
8	GB/JA!	IAFP		A_übergeordnet	A_übergeordnet	A_übergeordnet	In der Jahresrechnung sei der Stand der Umsetzung der ursprünglich in IAFP und MIP geplanten Investitionen auszuweisen.	Bezüglich Selbstfinanzierungsgrad ist nicht die Planung, sondern die Umsetzung der Investitionen relevant. Diese sollte deshalb ausgewiesen werden.
9	SVP	IAFP		A_übergeordnet	A_übergeordnet	A_übergeordnet	Die Stadt verzichtet im Sinne des Erhalts der wertvollen grünen Lungen und zur Verbesserung des Stadtklimas auf die Überbauung Gaswerkereale. Davon sind positive Finanzeffekte zu erwarten.	Die Stadt will eine städtische Klimapolitik. Es ist deshalb konsequent, wenn grossflächige Schutzmassnahmen ergriffen werden. Der Erhalt grosser zusammenhängender wichtiger Grünflächen und Alleen bringt für das Klima und die Bevölkerung ein Mehrfaches als das Einpflanzen einiger weniger Grünpflanzen.

10	SVP	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Stadt schafft im Gaswerkareal einen grossflächigen Marzilipark als wertvolle grüne Lunge und zur Erweiterung des Naherholungsgebiets und des Bad Marzili. Davon sind poitive Finanzeffekte zu erwarten.	Die Stadt will eine städtische Klimapolitik. Es ist deshalb konsequent, wenn grossflächige Schutzmassnahmen ergriffen werden. Der Erhalt grosser zusammenhängender wichtiger Grünflächen und Alleen bringt für das Klima und die Bevölkerung ein Mehrfaches. Die Schaffung eines grosszügigen Marziliparks ist gerade angesichts der Bevölkerungszunahme geboten. Freiräume müssen dort geschafften werden, wo sie auch genutzt werden. Das Marzili braucht Erweiterungsraum!
11	SVP	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Stadt reduziert ihre hohen Wachstumsziele und setzt sich prioritär für die Interessen und Bedürfnisse der ansässigen Bevölkerung ein.	Das angestrebte Bevölkerungswachstum kostet viel, zerstört die Grünräume und führt zur Überlastung der bestehenden Infrastruktur. Die hohen Erschliessungskosten (Fr. 120 Mio) im Viererfeld zeigen die falschen Annahmen und Gewinnerwartungen auf. Die Stadt gewinnt nicht, sondern sie verliert wertvollen unersetzbaren Grünraum. Zudem geht wertvolles Kulturland verloren.
12	SVP	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Stadt passt die Planung Tram Bern Ostermundigen an und prüft Alternativen, die den Erhalt der Allen sichern. Dadurch sind positive Finanzeffekte zu erwarten.	Die wertvollen historischen Allen sind zu schützen. Dies wurde beim Projekt Tram Bern Ostermundigen nicht genügend bedacht. Gerade die neu eingeführten Doppelgelenkbusse, der Ausbau der S-Bahn und neue Linienführungen lassen eine alternative Linienführung oder den Ersatz des Trams zu. Dadurch können noch mehr Kosten gespart werden.
13	SVP	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Stadt stellt auch die in öffentlichem Eigentum stehenden Alleen und Bäume unter Schutz. Dadurch sind positive Finanzeffekte zu erwarten.	Die wertvollen historischen Allen und Bäume, die im öffentlichen Eigentum stehen, sind besser zu schützen. Diese Massnahmen dienen der Klimaverbesserung. Es handelt um eine wenig kostenintensive Massnahmen, die aber viel bewirken könne.

14	Die Mitte, FDP/JF	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Verschuldung wird eingefroren auf das Niveau auf den Stand 31.12.2022	Aufgrund der angespannten Zinssituation geraten wir in eine gefährliche Spirale, die jetzt unterbunden werden muss. Dem GR ist es unbenommen, eine Priorisierung bei den Investitionen vorzunehmen oder bei den laufenden Ausgaben Abstriche zu machen, damit der free cashflow wieder steigt und Investitionen aus eigener Kraft nachhaltig getätigt werden können.
15	Die Mitte, FDP/JF	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die wiederkehrenden Kostenfolgen der allfälligen Fusion mit Ostermundigen sind im IAFP transparent abzubilden	Es ist die Aufgabe des GR aufzuzeigen, wie er in einem mehrjährigen Finanzplan die Fusion unterbringen wird und mit welchen Kostenfolgen er rechnet. Die Mitte und FDP/JF befürchten eine Steuererhöhung.
16	FDP/JF, Die Mitte	IAFP	S. 10	A_über	A_über	A_übergeordr	Gemäss S. 10 des IAFP erbringt die Stadt Bern "Leistungen, welche über das gesetzliche Minimum und kantonale Vorgaben hinausgehen und mit entsprechenden Mehrausgaben verbunden sind." In künftigen IAFPs bzw. AFPs ist transparent auszuweisen, um welche Leistungen es sich hierbei handelt und welche Ressourcen einschliesslich Personalaufwand mit diesen Leistungen verbunden sind.	Es sprengt die Grenzen eines Milizparlamentes vom Stadtrat zu erwarten, jedes Jahr aufs neue einen IAFP (sowie auch das PGB) auf den Kopf zu stellen um selber ausfindig zu machen, welche Leistungen und entsprechende Ressourcen sich in den unterschiedlichen Produktgruppen befinden. In anderen Gemeinden erhält das Parlament von der Exekutive transparente Aufschlüsselungen und kann so besser steuernd Einfluss nehmen.
17	FDP/JF	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Der Gemeinderat wird aufgefordert, die vorhandenen Personalressourcen der Verwaltung bestmöglichst zu nutzen und die Anzahl FTE für die Planjahre (2023-2026) nur zu erhöhen, falls dies unumgänglich ist. Auf einen weiteren freiwilligen Stellenausbau ist zu verzichten.	Die aktuelle finanzielle Situation der Stadt Bern sowie der Investitionsrückstau lassen keinen weiteren Stellenausbau zu. Der Personalaufwand betrug im Jahr 2013 noch CHF 259'962'343. Für 2023 sind CHF 322'991'313 an Personalaufwand budgetiert. Ein solches Wachstum an Personal von über 20 % innerhalb von rund zehn Jahren steht in keinem Verhältnis zum Wachstum der Stadt Bern.

18	FDP/JF, Die Mitte	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Für Stadtberner Personal, das Jahreseinkommen über brutto CHF 120'000 bezieht, ist die Vertrauensarbeitszeit einzuführen.	Vertrauensarbeit für Mitarbeitende mit einem Jahreseinkommen ab brutto CHF 120'000 entspricht den Anstellungsbedingungen in vergleichbarer Verwaltungsberufen.
19	FDP/JF, Die Mitte	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Arbeitszeiten der Stadtangestellten sind marktüblichen Konditionen anpassen. Für die Definition der Marktüblichkeit sollen auch die Konditionen der Privatwirtschaft berücksichtigt werden.	Die Stadt Bern ist eine attraktive Arbeitgeberin. Sie punktet durch interessante und fordernde Aufgaben, langfristig orientierte und eingegange Anstellungsverfügungen, kurze Arbeitswege und einem mit der Privatwirtschaft durchaus vergleichbaren Lohnniveau. Deshalb ist die Fluktuation tief. Mithin muss die Stadt Bern ihre Attraktivität als Arbeitgeberin nicht mit in vielen Fällen im Vergleich zur Privatwirtschaft besseren Arbeitszeiten zusätzlich steigern. Die Arbeitszeiten sind folglich entsprechend anzupassen.
20	FDP/JF, Die Mitte	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Das Pensionsalter der Verwaltungsangestellten ist auf dasjenige in der Bundesgesetzgebung vorgesehene Alter (zurzeit 65 Jahre für Männer und 64 Jahre für Frauen) festzulegen.	Die Stadt Bern ist eine attraktive Arbeitgeberin. Sie punktet durch interessante und fordernde Aufgaben, langfristig orientierte und eingegangene Anstellungsverfügungen, kurze Arbeitswege und einem mit der Privatwirtschaft durchaus vergleichbaren Lohnniveau. Deshalb ist die Fluktuation tief. Mithin muss die Stadt Bern ihre Attraktivität als Arbeitgeberin nicht mit einem im Vergleich zur Privatwirtschaft tieferen Pensionsalter steigern. Zudem hat auch die Stadt Bern die demografische Entwicklung zu berücksichtigen.
21	FDP/JF, Die Mitte	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Auf die geplante Reallohnerhöhung im Umfang von CHF 3'300'000 ist zu verzichten.	Das Personal der Stadt Bern genießt bereits jetzt vorzügliche Arbeitsbedingungen. Eine weitere Lohnerhöhungs-Runde ist weder nötig, noch kann sich die Stadt Bern diese in der aktuellen Finanzlage leisten.

22	FDP/JF	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Aufgabenüberprüfung (Durchleuchtung von Leistungen, insbesondere auf Synergien und Doppelspurigkeiten hin) ist prioritär durchzuführen. Wo Überschneidungen von Aufgaben festgestellt werden, sind diese zu beseitigen.	Es gilt, Doppelspurigkeiten zu nationalen und kantonalen Stellen zu eliminieren. Synergien innerhalb der Stadtverwaltung sind zu erkennen und zu nutzen. Wo sinnvoll und nötig, sind Prozesse zu digitalisieren. Das städtische Leistungsangebot muss überprüft werden und auf Aufgaben, die keine Kernaufgaben sind, ist zu verzichten. Die Aufgabenüberprüfung ist überdies unter Berücksichtigung der möglichen Fusion mit Ostermundigen besonders wichtig und dringend.
23	FDP/JF	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die künftige Verschuldung ist derart auszugestalten, dass sie innerhalb eines Konjunkturzyklus amortisiert werden kann.	Finanzpolitik muss nachhaltig sein. Damit auch künftige Generationen finanzpolitischen Spielraum haben, darf die Verschuldung der aktuellen Generation nur derart hoch sein, dass sie diese selber amortisieren kann.
24	Die Mitte, FDP/JF	IAFP	13	A_über	A_über	A_übergeordr	Im IAFP ist festzuhalten, dass die Wirtschaftsförderung ein wichtiges Ziel ist und es ist aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen dieses erreicht werden soll.	Berner Unternehmen sowie deren Angestellte bilden das Fundament für die Wohlfahrt der Stadt Bern. Die Ansiedelung von mehr Unternehmen schafft zusätzliche Arbeitsstellen. Damit tragen die Unternehmen neben ihrem eigenen Steuersubstrat dafür, dass auch das Steuersubstrat von Privatpersonen (Besteuerung von deren Einkommen) erhöht wird. Der Gemeinderat bringt an, dass die Förderung des Wirtschaftsstandortes Bern ein zentrales Ziel sei. Nun soll er auch aufzeigen, wie dieses Ziel konkret erreicht werden soll.
25	FDP/JF, Die Mitte	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Unter Ziff. 5.4 "Chancen und Risiken" (S. 32) ist zu erwähnen, dass das Steuersubstrat aufgrund der Wohnbaupolitik des Gemeinderats tendenziell abnehmen wird.	Die Stadt Bern muss anerkennen, dass sie mit ihrer Wohnbaupolitik zugunsten von niedrigen Einkommen Gefahr läuft, dass deswegen das Steuersubstrat (insb. infolge Rückgang der Einkommenssteuern) abnehmen wird.

26	FDP/JF, Die Mitte	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Stadt Bern hat Standorte für Mobilfunkantennen auf städtischen Gebäuden zu ermöglichen. Die entsprechend einbringlichen Mieteinnahmen sind neu im Budget einzustellen.	Gemäss heutigem Stand ist es nicht zulässig, auf städtischen Gebäuden Mobilfunkantennen zu installieren. Dies führt einerseits zu einem ungenügenden Mobilfunkempfang an vielen Standorten in der Stadt Bern. Das ist unter dem Aspekt der dringlich notwendigen Digitalisierung nicht hinnehmbar. Andererseits entgehen der Stadt deshalb Mieteinnahmen für den für die Antennen zur Verfügung gestellten Platz auf ihren Gebäuden.
27	FDP/JF, Die Mitte	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Abgabe der Durchgangsstrassen an den Kanton ist zu initialisieren und auszuführen.	Fast alle wichtigen Durchgangstrassen – nicht nur in den Gemeinden, sondern auch in den übrigen bernischen Städten – sind Staatsstrassen, deren Bau- und Unterhaltskosten weitgehend der Kanton trägt (ausser Trottoirs). Nur in Bern sind selbst wichtigste Strassen (zB. Achse Ostring – Monbijoubrücke; Wankdorf-Bahnhof-Insel) im Besitz und zL. der Gemeinde. Dies bedeutet eine ungerechte Belastung der Stadtkasse.
28	FDP/JF, Die Mitte, SP/JUSO	IAFP	235	A_über	A_über	A_übergeordr	Das Projekt Sportplatz Lory ist wieder in die mittelfristige Investitionsplanung (MIP) aufzunehmen.	Der Sportplatz Lory ist seit Jahren in einem sehr schlechten Zustand. Die dort beheimateten Sportvereine sind dringend auf dieses Projekt angewiesen.
29	FDP/JF	IAFP	235	A_über	A_über	A_übergeordr	In der Investitionsplanung (MIP) sind für das 2023 insgesamt CHF 1'500'000.00 für Verkehrsberuhigungsmassnahmen (mehrheitlich Begegnungszonen) eingestellt. Die Errichtung weiterer Begegnungszonen ist zu sistieren bis der Selbstfinanzierungsgrad der städtischen Investitionen mindestens 70% beträgt.	Der Selbstfinanzierungsgrad der zu tätigen Investitionen ist katastrophal tief und liegt weit unter den vom Kanton empfohlenen Mindestwerten. Die Stadt Bern soll bei ihren Investitionen den Schulraum sowie die Sportinfrastruktur priorisieren und auf nice-to-have Investitionen wie neue Begegnungszonen verzichten.

30	JUSO, JA!	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Stadt Bern achtet ab sofort bei Sanierungsprojekten darauf, klimafreundliche Materialien zu verwenden. Bei Sanierungen werden die Einrichtungen und Infrastruktur möglichst der Kreislaufwirtschaft zugeführt. Zudem nimmt die Stadt Bern klimafreundliche Materialien als Bedingung in ihre Bauverträge auf.	Als progressive Stadt soll Bern sich einerseits auf den Klimawandel vorbereiten, andererseits soll sie ihr Möglichstes tun um zum Stopp des Klimawandels beizutragen.
31	GLP/JGLP	IAFP	10	A_über	A_über	A_übergeordr	Die durch den Gemeinderat zu beschliessende Haushaltsentlastung von MCHF 20 ist bereits im 2024 einzuplanen.	Die vom Gemeinderat selbst als notwendig bezeichnete Haushaltsentlastung soll in der laufenden Legislatur umgesetzt werden und nicht über die nächsten Wahlen hinausgeschoben werden. Jede Verzögerung führt zu zusätzlichen Schulden und ist nicht tragbar Angesichts der Tatsache, dass die Stadt Bern aktuell jedes Ziel seiner Finanzstrategie verfehlt.
32	GLP/JGLP	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Der Gemeinderat nutzt seine Kompetenz zur Bestimmung des Zeitpunktes des Inkrafttretens des revidierten Personalreglement und setzt diese erst in Kraft, wenn das Budget der Stadt Bern nicht mehr defizitär ist.	Das vom Stadtrat revidierte Personalreglement führt zu nicht budgetierten Mehrkosten in noch unbekannter Millionenhöhe, macht damit zahlreiche Anstrengungen zur Verbesserung der finanziellen Lage der letzten Jahre handstreichartig zunichte, steht in diametralem Widerspruch zur Finanzstrategie des Gemeinderates, das budgetierte Überschüsse in zweistelliger Millionenhöhe erfordern würde und führt aufgrund des bereits bestehenden Defizites zu neuen Schulden. Eine Verzögerung der Inkraftsetzung ist daher im Interesse aller.
33	SVP	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Auf die Einführung neuer Gebühren und Erhöhung im Sinne der Sparmassnahmen sei generell zu verzichten.	Die Stadt muss endlich sparen und darf nicht im Rahmen eines Sparprogrammes neue Gebühren einführen!

34	SVP	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Stadt verzichtet auf Steuer- und Gebührenerhöhungen.	
35	SVP	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Stadt priorisiert ihre Ausgabenpolitik und beschränkt sich prioritär auf die notwendigen Ausgaben. Wünschenswerte Ausgaben dürfen nur getätigt werden, wenn die Finanzlage dies zulässt.	
36	SVP	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Der Personalaufwand sei um 5 % zu reduzieren.	Die Stadt hat zu viel Personal eingestellt und war in vielen Bereichen zu grosszügig.
37	SVP	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Eventualantrag: Der Personalaufwand sei um 2,5 % zu reduzieren.	Die Stadt spricht sich gegen jeglichen Diskriminierung aus, dies muss auch für Organisationen mit Leistungsverträgen gelten.
38	SVP	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Stadt schliesst keine Leistungsverträge mit Organisationen ab, die Personen aus rassistischen Gründen, Gründen der sexuellen Orientierung aus politischen Gründen diskriminieren. Dadurch sind positive Finanzeffekte zu erwarten.	
39	SVP	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Stadt setzt ihre im IAFP beschlossenen Einsparungen konsequent um. Sie gibt ihre bisherige frivole Ausgabenpolitik, die keine Rücksicht auf die kommenden Generationen nimmt, auf.	Die Stadt muss effektiv sparen und nicht nur blosse Lippenbekenntnisse abgeben.
40	SVP	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die neu geschaffenen Stellen seien nach 2 Jahren neu zu evaluieren, und zu überprüfen; sofern sie sich nicht mehr als notwendig erweisen und Verbesserungen möglich sind, unternimmt die Stadt die nötigen Anpassungen. Der Aufsichtskommission des Stadtrats und dem Stadtrat wird Bericht erstattet.	Die Stadt schafft trotz kritischer Finanzlage immer wieder neue Stellen. Es muss eine periodische Aufgabenüberprüfung stattfinden. Synergien sind zu suchen und es sind die nötigen Verbesserungen/Anpassungen im Interesse des Steuerzahlers vorzunehmen.

41	SVP	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die in den vergangenen 8 Jahren neu geschaffenen Stellen seien neu zu evaluieren und zu überprüfen; sofern sie sich nicht mehr als notwendig erweisen und Verbesserungen möglich sind, unternimmt die Stadt die nötigen Anpassungen. Der Aufsichtskommission des Stadtrats und dem Stadtrat wird Bericht erstattet.	Die Stadt schafft trotz kritischer Finanzlage immer neue Stellen. Es muss eine Aufgabenüberprüfung stattfinden. Synergien sind zu suchen und die nötigen Verbesserungen/Anpassungen im Interesse des Steuerzahlers vorzunehmen.
42	SVP	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Stadt verzichtet im Sinne des Erhalts der wertvollen grünen Lungen und zur Verbesserung des Stadtklimas auf die Überbauung wichtiger Grünflächen und schützt die wertvollen historischen Baumalleen. Davon sind poitive Finanzeffekte zu erwarten.	Die Stadt will eine städtische Klimapolitik. Es ist deshalb konsequent, wenn grossflächige Schutzmassnahmen ergriffen werden. Der Erhalt grosser zusammenhängender wichtiger Grünflächen und Alleen bringt für das Klima und die Bevölkerung ein Mehrfaches an Verbesserung der Lebensqualität als das blosse Einpflanzen einiger weniger Grünpflanzen.
43	SVP	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Stadt verzichtet im Sinne des Erhalts wertvoller grüner Lungen und zur Verbesserung des Stadtklimas auf die Überbauung Viererfeld und Mittelfeld. Davon sind poitive Finanzeffekte zu erwarten.	Die Stadt will eine städtische Klimapolitik. Es ist deshalb konsequent, wenn grossflächige Schutzmassnahmen ergriffen werden. Der Erhalt grosser zusammenhängender wichtiger Grünflächen und Alleen bringt für das Klima und die Bevölkerung ein Mehrfaches als das Einpflanzen einiger weniger Grünpflanzen.
44	SVP	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Stadt passt im Sinne des Erhalts der wertvollen grünen Lungen und zur Verbesserung des Stadtklimas die Überbauung Viererfeld und Mittelfeld an und reduziert das Projekt in ganz erheblichem Umfang. Davon sind poitive Finanzeffekte zu erwarten.	Die Stadt will eine städtische Klimapolitik. Es ist deshalb konsequent, wenn grossflächige Schutzmassnahmen ergriffen werden. Der Erhalt grosser zusammenhängender wichtiger Grünflächen und Alleen bringt für das Klima und die Bevölkerung ein Mehrfaches als das Einpflanzen einiger weniger Grünpflanzen.
45	SVP, Die Mitte	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Stadt nimmt bei der Stadtplanung vermehrt auf den Erhalt der Grünflächen und Alleen Rücksicht.	Es sind neben der Verbesserung des Stadtklimas und dem Erhalt der Fruchtfolgeflächen auch positive Effekte auf die Finanzlage zu erwarten.

46	SVP, Die Mitte	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Stadt ermöglicht auch wieder Stockwerkeigentum und höherwertiges Wohnen an guten Wohnlagen.	Es sind positive Effekte auf die Finanzlage zu erwarten. Die Stadt muss auch potentiell guten Steuerzahlern etwas anbieten können. Nur wenn an guten Lagen interessante Objekte erstellt werden können, kann die Stadt finanziell gesunden! Es braucht einen gesunden Mix aus „Gwür“, Genossenschafts- und Sozialwohnungen aber auch aus guten Renditenobjekten.
47	SVP, Die Mitte	IAFP		A_über	A_über	A_übergeordr	Die Stadt ermöglicht im Gaswerkareal auch Stockwerkeigentum und höherwertiges Wohnen.	Es sind positive Effekte auf die Finanzlage zu erwarten. Die Stadt muss auch potentiell guten Steuerzahlern etwas anbieten können. Nur wenn an guten Lagen interessante Objekte erstellt werden können, kann die Stadt finanziell gesunden! Es braucht gesunden Mix aus „Gwür“, Genossenschafts- und Sozialwohnungen aber auch aus guten Renditenobjekten.
48	GFL/EVP	IAFP		A_übergeordnet	A_über	A_übergeordr	Im IAFP sind die Kosten für die Umsetzung eines Pilotversuchs zum bedingungslosen Grundeinkommen einzuplanen, so wie es die Motion der SBK fordert. Der Gemeinderat wird damit beauftragt, die Kosten dafür andernorts budgetneutral einzusparen.	Die Stadt Bern hat die einmalige Chance zu einem wirklich innovativen Experiment, das über die üblichen Links-Rechts Denkmuster hinausgeht. Digitalisierung, veränderte Altersstrukturen und eine veränderte Arbeitswelt fordern innovative neue Ideen, um die Sozialwerke, Vollbeschäftigung und sozialen Frieden sicher zu stellen. Ein Versuch zum Grundeinkommen bildet eine solche Idee ab und ist deshalb nachhaltig zukunftsgerichtet.

49	SP/JUSO	IAFP	120	A_übergeordnet	A_über	A_übergeordnet	In allen Leistungsverträgen der Stadt Bern wird auf eine Sparklausel (Art. 15a) verzichtet, die eine Kürzung der Abgeltung bei schwieriger Finanzlage vorsieht.	Der vom Gemeinderat vorgesehene Art. 156a "Kürzung der Abgeltung bei schwieriger Finanzlage" in den Leistungsverträgen verstösst fundamental gegen die Idee eines Leistungsvertrages, der den Leistungsvertragsnehmenden Planungssicherheit geben soll. Von den Leistungsvertragsnehmenden wird erwartet, dass sie ihre Leistung in vollem Umfang erbringen sollen, die Stadt als Vertragspartnerin kann aber bei «schwieriger Finanzlage» die jährliche Abgeltung während der Laufzeit des Vertrages um 10% kürzen.
----	---------	------	-----	----------------	--------	----------------	---	--

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	IAFP oder PGB	Seite	Direktion	Dienststelle	PG-Nr.	Planungserklärung / Antrag	Begründung
1	SVP	PGB	94	PRD	A_überg	A_übergeo	Das Budget bei der Präsidialdirektion sei linear um 12 Mio. zu kürzen.	Angesichts der sinnlosen Ausgaben betr. Provisorium Schützenmattes, Planung der teilweisen Schliessung Hodlerstrasse, Verlegung Drogenabgabestelle, Fehlplanungen bei Schulhausprojekten, Kommunikationspannen bei der Fusion mit Ostermundigen müssen bei der PRD endlich Zeichen gesetzt werden und die zu grossen Mittel der PRD beschnitten werden.
2	SVP	PGB	94	PRD	A_überg	A_übergeo	Eventualantrag: Das Budget bei der PRD sei linear um 3 Mio. zu kürzen.	
3	Die Mitte, FDP/JF	IAFP		GuB	Stadtrat	PG010100	Auf den Druck der Sitzungsunterlagen sei zu verzichten. Die jährlichen Kosten von Fr. 250'000 sind einzusparen.	Für den Druck der Sitzungsunterlagen entstehen dem Stadtrat jährliche Kosten von bis zu Fr. 250'000.00 (Quelle: 2019.SR.000107 Erneuerung Ratsinformationssystem (RIS 2.0); Projektierungskredit). Die Mitglieder des Stadtrates tragen mit dem Verzicht auf Papierunterlagen ihren Teil zu einem besseren Finanzergebnis bei - und gleich auch noch zu einem schonenderen Umgang mit Ressourcen.
4	Die Mitte, FDP/JF	PGB	60	GuB	Stadtrat	PG010100	Auf den Druck der Sitzungsunterlagen sei zu verzichten. Die jährlichen Kosten von Fr. 250'000 sind einzusparen.	Für den Druck der Sitzungsunterlagen entstehen dem Stadtrat jährliche Kosten von bis zu Fr. 250'000.00 (Quelle: 2019.SR.000107 Erneuerung Ratsinformationssystem (RIS 2.0); Projektierungskredit). Die Mitglieder des Stadtrates tragen mit dem Verzicht auf Papierunterlagen ihren Teil zu einem besseren Finanzergebnis bei - und gleich auch noch zu einem schonenderen Umgang mit Ressourcen.

5	SP/JUSO	IAFP	110	GuB	Gemeind	PG030000	Die Bundesfeier bietet verschiedenen Kulturen Raum, um sich vorstellen zu dürfen. Zudem übt sie zusätzlich einen aufklärerischen Auftrag aus, indem am 1. August selbst über verschiedene Verstrickungen der Schweiz in die Weltgeschichte, wie z. B. der Kolonialismus informiert wird.	Die Stadt Bern beheimatet Menschen mit verschiedenen Hintergründen. In einer Stadt in der Vielfalt so wichtig ist, soll diese an jedem Tag des Jahres gelebt werden. So soll an der Bundesfeier ein differenziertes Bild von der Schweiz beleuchtet werden.
6	GLP/JGLP	IAFP	81	GuB	Stadtkan	PG040200	Das Ortsarchiv Bümpliz ist aufzuheben. Die dadurch freiwerdenden Gelder innerhalb des Globalkredits PG040200 sollen neu zu Gunsten von Digitalisierungsaufgaben beim Stadtarchiv eingesetzt werden.	Das Ortsarchiv Bümpliz soll ins Stadtarchiv Bern überführt werden. Archivalien können direkt beim Stadtarchiv abgegeben und eingelagert werden. Eine Integration der Sammlung des Ortsarchivs ins Bernische Historische Museum ist zu prüfen. Die freiwerdenden 20 Stellenprozente und die eingesparten Gelder sollen neu für Digitalisierungsaufgaben beim Stadtarchiv zur Verfügung stehen. Es ist nicht Aufgabe der Stadt Bern, ein zusätzliches Ortsarchiv zu führen, wenn ein gesamtstädtisches Archiv vorhanden ist.
7	Die Mitte	IAFP	105	PRD	Direktio nsstabs dienste_ und_Gle ichstellu ng	PG100300	Auf das Meldetool und die Kampagne (Istanbul-Konvention) soll verzichtet werden und den dafür veranschlagte Betrag von 72'000.- für personelle- und Sachmittel eingespart werden.	Bereits zwei Massnahmen im Gleichstellungsbereich bilden zusammen 190'000.- Franken Investitionen (Digitale Innovationen 100'000.- und Entwicklung Digitalkosten/Ressourcenbedarf 90'000). Aufgrund der dringend erforderlichen Sparmassnahmen und damit zwingende Priorisierung soll auf die finanzielle Beteiligung der Stadt Bern in der Kampagne und für das Meldetool verzichtet werden.

32	SVP	IAFP		PRD	Direktion	PG100300	Die Stadt verzichtet auf eigene Schreibweisen (sog. Gendern) sondern übernimmt die Empfehlungen der Bundeskanzlei.	Auch der Bundesrat sprach sich gestern gegen die experimentellen Schreibweisen aus. Die Regierung lässt sich von den Argumenten für das Gendern nicht überzeugen: «Der Bundesrat hält diese noch stark experimentellen Schreibweisen für nicht geeignet, das Anliegen einer inklusiven Sprache in den Texten des Bundes umzusetzen.» Man könne die Zeichen gar nicht aussprechen und sie würden der Lesbarkeit eines Textes schaden. Auch sei die Verwendung es Gendersterns und anderer Zeichen heute Ausdruck einer bestimmten gesellschaftspolitischen Haltung, die der Bund als neutrale Stelle nicht einnehmen will(vgl. aktuelle Medienberichterstattung). Es ist unverständlich, dass die Stadt Bern hier einen Alleingang machen will. Durch den Verzicht auf die eigenen Schreibweisen sind positive Effekte auf den Finanzhaushalt zu erwarten. Im Rahmen der Budgetanträge sind entsprechende Kürzungsanträge gestellt. Der Umstand, dass die PRD für solche „Probleme“ Personal und Mittel einsetzt, zeigt, dass diese Kürzungsanträge begründet sind und die Sparanträge zu keinen Nachteilen für die Bürger führen!
33	SVP	IAFP		PRD	Direktion	PG100300	Eventualantrag: Die Stadt übernimmt betr. Schreibweisen die Empfehlungen der Bundeskanzlei.	Vgl. Begründung Hauptantrag.
8	SVP	PGB	98	PRD	Direktion	PG100300	Die Dienststelle Gleichstellung sei aufzuheben. Das Budget ist folglich um Fr. 732'954.80 zu kürzen.	Angesichts der Fachstellen des Kantons und des Bundes sowie der diversen privaten Organisationen kann die Direktionsstabstelle aufgehoben werden. Die Gleichstellung in der Verwaltung ist verwirklicht. Doppelspurigkeiten sind zu vermeiden.

9	SVP	PGB	93	PRD	Direktion	PG100300	Eventualantrag: Die Nettokosten der Dienststelle Gleichstellung sind um Fr. 400'000.00 zu kürzen.	Die Beibehaltung der Direktionsstabstelle Gleichstellung ist mit 50% noch immer grosszügig dotiert.
10	GB/JA!	IAFP	120	PRD	Kultur_Stadt_Bern	PG110000	Auf die Kürzungen der tripartiten und städtischen Leistungsvereinbarungen ist zu verzichten.	Die Kulturschaffenden haben unter der Coronapandemie finanziell nachhaltig gelitten; über die Spätfolgen der finanziellen Ausfälle wissen wir noch wenig Bescheid. Kürzungen bei kulturellen Institutionen treffen immer direkt die Kulturschaffenden, weil die Institutionen mit weniger Geld weniger Projekte finanzieren können.
11	GB/JA!	IAFP	120	PRD	Kultur_Stadt_Bern	PG110000	Die direkte Kulturförderung muss in den nächsten Jahren kontinuierlich erhöht werden.	Die Stadt plant die Entwicklung der Kulturförderung in zwei Richtungen: Kultur soll breiter und diverser gefördert werden und die Kulturschaffenden sollen branchenüblich entlohnt und ihre Arbeit umfassend sozialversichert werden. Diese Ziele zu erreichen ist ein kostenintensiver Prozess. Damit nicht mehr Kulturschaffende weniger Geld zur Verfügung haben, sondern Kulturschaffen breit und sozialverträglich gefördert werden kann, muss die direkte Kulturförderung in den nächsten Jahren kontinuierlich erhöht werden.
12	SP/JUSO	IAFP	120	PRD	Kultur_Stadt_Bern	PG110000	Die geplante Kürzung der Abgeltung für das Haus der Religionen um 50'000 Franken ab 2024 ist rückgängig zu machen.	Das Haus der Religionen ist einzigartig in seiner Art. Acht Religionsgemeinschaften leben in guter Nachbarschaft unter einem Dach und pflegen den Austausch mit der Gesellschaft. Auch die Kulturveranstaltungen im Haus der Religionen sind eine Bereicherung. Diese Kürzung würde das sich im Aufbau befindliche Haus empfindlich treffen.

13	SP/JUSO	IAFP	120	PRD	Kultur_Si	PG110000	Die Halbierung des Beitrags an das Robert Walser-Zentrum ab 2024 von 100'000 auf 50'000 Franken ist rückgängig zu machen.	Das Robert Walser-Zentrum RWZ strahlt weit über die Landesgrenzen hinaus. 2009 ist es mit dem Archivgut von Zürich nach Bern umgezogen. Mit dem Umzug war auch ein Vertrag zwischen Burgergemeinde Bern, Berner Kantonalbank, Kanton Bern und Schweizerischer Nationalbibliothek und der Stadt Bern verbunden, der die Finanzierung im «Berner Modell» regelte. Mit der Kürzung wird gegen diesen Vertrag verstossen und könnte das RWZ seine Leistungen und Aufgaben nicht aufrecht erhalten.
14	SP/JUSO	IAFP	120	PRD	Kultur_Si	PG110000	Projekt- und Programmförderung ab 2024 - Während einer Übergangszeit sollen die Veränderungen aufgrund der spartenunabhängigen Förderung statistisch erhoben werden.	So können Schlüsse gezogen werden, was die Systemänderung für die Förderung der verschiedenen Sparten zur Folge hat und ob damit die Forderung nach sozialer Sicherheit der Kulturschaffenden sowie nach Qualität und Innovation des kulturellen Schaffens tatsächlich nachhaltig erreicht wird.
15	SP/JUSO	IAFP	120	PRD	Kultur_Si	PG110000	Die neue Aufteilung in die Produkte Kreative-, Plattform- und Interpretationsförderung ist mit konkreten Massnahmen zu begleiten und sollen statistisch begleitet werden, damit Aussagen darüber gemacht werden können, wie das lokale Kulturschaffen gefördert wird.	Die Umdeutung der Förderbeiträge führt nicht zwangsläufig dazu, dass die freie Kulturszene besser gefördert wird. Die Neuaufteilung muss von konkreten Massnahmen begleitet werden, damit Berner Künstlerinnen und Künstler besser gefördert werden, so wie es in der Zürcher Tanz- und Theaterförderung ab 2024 praktiziert wird.
16	FDP/JF, Die Mitte	IAFP	120	PRD	Kultur_Si	PG110000	Auf den in der Kulturbotschaft genannten "Kredit Stadtentwicklung durch Kultur" ist zu verzichten. Die vorgesehenen Mittel sind zur Hälfte einzusparen und zur Hälfte in den Kredit "Projekt- und Programmförderung" zu überführen.	Die Kulturförderung in der Stadt Bern soll transparent und gemäss nachvollziehbaren Kriterien erfolgen. Kredite, über welche der Stadtpräsident im Alleingang entscheiden kann, sind zu vermeiden.

17	FDP/JF	IAFP	120	PRD	Kultur_St	PG110000	Auf den in der Kulturbotschaft genannten "Schwerpunktkredit" ist zu verzichten. Die vorgesehenen Mittel sind zur Hälfte einzusparen und zur Hälfte in den Kredit "Projekt- und Programmförderung" zu überführen.	Die direkte Kulturförderung soll über die Projekt- und Programmförderung und damit verbunden über die Fachkommission erfolgen. Ein separater Kredit parallel zur Projekt- und Programmförderung ist nicht sinnvoll.
18	SVP	PGB	110	PRD	Kultur_St	PG110000	Die Nettokosten für PG110000 seien um Fr. 8 Mio. zu kürzen.	
19	SVP	PGB	110	PRD	Kultur_St	PG110000	Eventualantrag: Die Nettokosten für PG110000 seien um Fr. 4 Mio. zu kürzen.	
20	FDP/JF	IAFP	121	PRD	Denkmal	PG120000	Die Arbeiten der Denkmalpflege sind auf das notwendige Minimum zu reduzieren. Bei Interessenabwägungen zwischen den Interessen der Denkmalpflege und den Interessen einer ökologischen und nachhaltigen Bauweise sind die Interessen der Ökologie und Nachhaltigkeit stärker zu gewichten.	Niemand streitet ab, dass Bern zum UNESCO Weltkulturerbe Sorge tragen muss. Ausserhalb des UNESCO-Perimeters verhindert oder verzögert die Denkmalpflege aber zu oft Projekte, welche aus ökologischen Überlegungen dringend nötig wären.
21	Die Mitte	IAFP	116	PRD	Denkmal	PG120000	Die Projekt und Personalkosten für die Implementation des UNESCO-Managementplan sind um mindestens 50% auf 75'000.- zu reduzieren und weitgehendst im bestehenden Personalauwand zu realisieren.	Die Wirtschaftlichkeit der Massnahmen sollte in der prekären Finanzsituation der Stadt Bern Vorrang haben und die Umsetzung demensprechend in bereits bestehenden Strukturen weitgehendst integriert werden. Das um zusätzliche Kosten mit Blick auf die wirtschaftliche Gesamtlage zu verhindern.
22	JUSO, JA!	IAFP	121	PRD	Denkmal	PG120000	Die Denkmalpflege berücksichtigt klimatische Veränderungen und demografische Entwicklungen. Sie gewichtet diese hoch.	In der Vergangenheit unterlagen genannte Entwicklungen oft gegenüber dem Erhalt von geschützten Gebäuden und Plätzen. Auch wenn Geschichte schützenswert ist, so ist es doch wichtig einen anderen Weg für ihre Konservierung zu finden, da zukünftige Generationen eine Stadt vorfinden sollen, die sie mitgedacht hat. So ist es wichtig, dass die Denkmalpflege nicht konservierend, sondern zukunftsgerichtet agiert.

23	FDP/JF	PGB	116	PRD	Denkmal	PG120000	Die Nettokosten der Denkmalpflege sind, um Fr. 558'319.95 auf CHF 500'000.00 zu kürzen.	Niemand streitet ab, dass Bern zum UNESCO Weltkulturerbe Sorge tragen muss. Ausserhalb des UNESCO-Perimeters verhindert oder verzögert die Denkmalpflege aber zu oft Projekte, welche aus ökologischen Überlegungen dringend nötig wären. Die Denkmalpflege soll sich auf ihren Kernauftrag besinnen und ihre Arbeiten entsprechend redimensionieren.
24	SVP	PGB	123	PRD	Aussenb	PG130100	Es sei eine Kürzung bei den Aussenbeziehungen um Fr. 250'000.00 vorzunehmen.	Angesichts des Vorgehens des Gemeinderates in Bümpliz (Friedhofschliessung) ist eine Reduktion Propagandaoffensive angezeigt. Der Gemeinderat hat durch sein fatales Vorgehen in Bümpliz selber Zechen gesetzt, die gegen Fusion mit Ostermundigen sprechen. Eine Reduktion ist geboten.
25	SVP	PGB	123	PRD	Aussenb	PG130100	Die Nettokosten im P130130 sind um 100'000 Franken auf 920'623.76 Franken zu lasten des Projektes Kooperation Bern zu kürzen.	Zuerst muss die Finanzmissere der Stadt Bern korrigiert werden, bevor weitere finanzielle Lasten die Stadtkasse übermässig belasten werden.
26	SVP	PGB	123	PRD	Aussenb	PG130100	Die Nettokosten im P130210 sind um 40'000 Franken auf 986'406.21 zu lasten der Bevölkerungsbefragung 2023 zu kürzen. Die Steuerungsvorgabe 1) Durchführung der bestellten Erhebungen (P210) soll im 2023 ohne die vorgesehene Bevölkerungsbefragung umgesetzt werden.	Auf die Bevölkerungsbefragung 2023 soll aus Spargründen verzichtet werden. Die Steuerungsvorgabe 1) Durchführung der bestellten Erhebungen (P210) soll im 2023 ohne die vorgesehene Bevölkerungsbefragung, aus Spargründen, umgesetzt werden.

27	SVP	IAFP		PRD	Hochbau	PG140100	Verzicht auf die vorgesehene Sanierung Kirchenfeldschulhaus dies soweit die unterirdischen Bauten betreffend.	Die ursprünglich vorgesehene Sanierung des Kirchenfeldschulhauses, kam ohne unterirdische Bauten aus (25 Mio Projekt). Das neue Projekt kostet 46 Mio. Die Stimmbürger hiessen es gut, Doch ist es rechtlich höchst umstritten Es zeichnet sich ab, dass das Baubewilligungsverfahren über mehrere Instanzen geführt werden muss. Der Prozessausgang ist unsicher. Gegen das Baugesuch ist Widerstand bis zum Bundesgericht angekündigt. Eine rasche Realisierung ist nicht möglich Der Sanierungsbedarf für das Schulhaus ist unbestritten. Ein abgespecktes Projekt könnte rasch realisiert werden und würde Arbeit geben. Es gilt den angespannten finanziellen Gegebenheiten Rechnung tragen. Auf die teuren unterirdischen Anbauten kann und muss verzichtet werden. Sparvolumen: 21 Millionen!
28	GLP/JGLP	IAFP	123	PRD	Hochbau	PG140100	Der Gemeinderat orientiert sich im Hochbau nicht mehr an Labels im Energiebereich sondern auf die Erfüllung der Klima- und energiepolitischen Ziele der Stadt Bern und verzichtet auf den finanziellen und administrativen Aufwand zum Erwerb von Labels (sofern diese nicht Voraussetzung von Finanzierungsbeiträgen Dritter sind, die die Kosten des entsprechenden Labels übersteigen.) Die klima- und energiepolitischen Ziele der Stadt Bern werden unverändert beibehalten.	Die klima- und energiepolitischen Ziele der Stadt Bern sind durch Stadtrats- und Volksentscheide legitimiert und verankert und durch den Richtplan Energie konkretisiert. Darin wird festgehalten, dass der Gebäudepark erneuerbar saniert und betrieben werden soll. Der Erwerb von Labels oder die Fokussierung auf Label-Standards ist damit überholt. Insbesondere dann, wenn sie in keinem Zusammenhang mit den übergeordneten Zielen stehen (z.B. "Komfortlüftung" bei Minergie).

29	SVP	PGB	139	PRD	Stadtplan	PG170500	Die Nettokosten des Stadtplanungsamts sollen auf CHF 5'500'000 gekürzt werden.	Die Stadt geht in eine falsche Richtung. Die Planung der Überbauung wertvoller Grünareale, wie Viererfeld, Gaswerkareal, muss endlich gestoppt werden. Die Planungen Hodlerstrasse (führt zu einer teilweisen Schliessung der Zufahrt Autobahnzubringer Neufeldtunnel) und die Verlegung der Drogenabgabestelle an die Predigergasse waren völlig verfehlt. Hier wurde für sinnlose Planungen zehntausende von Franken ausgegeben und es drohen weitere Kosten. Auch darf die Stadt dem Bauherren nicht immer neue zusätzliche Vorschriften auferlegen.
30	SVP	PGB	159	PRD	Stadtplan	PG170500	Eventualantrag: Die Nettokosten für seien um Fr. 700'000.00 zu kürzen.	
31	GB/JA!	PGB	138	PRD	Stadtplanungsamt	PG170500	Auf die geplante Stellenreduktion von 1 Stelle (vgl auch IAFP S. 82) ist zu verzichten, das Budget ist um Fr. 125'000.- aufzustocken.	Bereits mit der für das Jahr 2022 umgesetzten Stellenreduktion können die Aufgaben nicht mehr im nötigen Rahmen umgesetzt werden. Das führt zu einer Überlastung des Personals. Ohne die nötigen Ressourcen können die Klimaziele nicht erreicht werden, die Freiraumplanung wird vernachlässigt und die Umsetzung der Wohnstrategie ist gefährdet.

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	IAFP oder PGB	Seite	Direktion	Dienststelle	PG-Nr.	Planungserklärung / Antrag	Begründung
1	SVP, Die Mitte	IAFP		SUE	A_überg	A_übergeord	Sofern die Stadt weiterhin die gleich hohe Anzahl Parkkarten verkaufen will, darf sie die Parkplätze nicht reduzieren, andernfalls muss sie die Anzahl Parkkarten ebenfalls reduzieren und auf die entsprechenden Einnahmen verzichten.	Die Stadt will die Parkplätze massiv reduzieren und die Zahl der Parkkarten gleich halten (im Stadtteil IV über 30%). Damit verkauft sie in Kenntnis der Sachlage weit mehr Parkplätze als sie überbaut verfügt. Dieses Vorgehen ist fiskalisch und muss als bösertige Abzocke zu beanstandet werden. Die Auswirkungen auf die Finanzlage sind offensichtlich!
2	SVP	IAFP	153	SUE	Kantonspolizei	PG210100	Die Stadt toleriert die rechtsfreie Zone bei der Reithalle/Schützematte nicht mehr. Sie erteilt der Kantonspolizei die entsprechenden Aufträge zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung auf dem Areal.	
3	SVP	IAFP	159	SUE	Kantons	PG210100	Der Schutz der Fussgänger vor vorschriftswidrig fahrenden Velofahrer muss verbessert werden. Falsch abgestellte Fahrrädern auf den Trottoirs müssen entfernt werden. Der Kantonspolizei sind entsprechende Aufträge zu erteilen.	Der Schutz der Fussgänger muss verbessert werden. Unerlaubt abgestellte Velos auf Trottoirs gefährden die Fussgänger und insbesondere die Betagten und Behinderten massiv. Die Situation an Samstagen (Markttagen) beim Bundesplatz/ Schauplatzgasse ist unhaltbar. Auch der Zugang zur KaWeDe ist mit Kinderwagen an schönen Sommertagen fast nicht mehr möglich. Auch an anderen Orten sind die Trottoirs von Velos/ cargo-bikes oft völlig überstellt.
4	JUSO, JA!	IAFP	129	SUE	Kantons	PG210100	Die Polizeipräsenz in der Stadt Bern wird nicht erhöht, auch nicht im Rahmen der neuen Verträge mit der KaPo bzw. der Ortspolizei.	Ein höheres Polizeiaufgebot führt nicht zwangsläufig zu mehr Sicherheit. Es kann sogar Misstrauen schüren. In der Stadt Bern besteht dieser Handlungsbedarf nicht.

5	JUSO, JA!	IAFP	129	SUE	Kantons	PG210100	An den sogenannten "Brennpunkten" kommen primär sozialpädagogisch ausgebildete Personen zum Einsatz, die dialogisch arbeiten.	Zur Lösung von Konflikten, sollen Methoden zum Einsatz kommen, die möglichst nah an der Ursache dieser ansetzt, damit sie präventiv verhindert werden können.
6	JUSO, JA!	IAFP	129	SUE	Kantons	PG210100	Der Ressourcenvertrag mit der Kantonspolizei soll nach jeder Neuverhandlung mit allen Informationen der FSU als Bericht vorgelegt werden.	Der Ressourcenvertrag und die Leistungen die die Stadt einkauft oder verhandeln sind äusserst intransparent und müssen unbedingt der Kommission vorgelegt werde.
7	SVP	PGB	159	SUE	Kantonspolizei	PG210100	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 350'000.00 zugunsten PG210100 Kantonspolizei. Damit soll eine Verbesserung des Fussgängerschutzes auf den Trottoirs und auf Gehwegen mit Fahrverbot erreicht werden. Der Betrag ist vollumfänglich bei der Verkehrsplanung zu kompensieren.	Der Schutz der Fussgänger muss verbessert werden.
8	SVP	PGB	159	SUE	Kantonspolizei	PG210100	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 550'000.00 zugunsten PG210100 Kantonspolizei. Damit soll die Sicherheit im Raum Reithalle/Schützenmatte verbessert werden.	Der Schutz im Raum Reithalle muss verbessert werden.
9	GB/JA!	PGB	163	SUE	Amt_für_Umweltschutz	PG220100	Im Amt für Umweltschutz seien die personellen Ressourcen um 300 Stellenprozente bez. das Budget um 450'000 CHF aufzustocken.	Für die wirksame Umsetzung der Rahmenstrategie nachhaltige Entwicklung und des Energiereglements braucht es mehr Personalressourcen. Die Bekämpfung der Klimakrise ist prioritär an die Hand zu nehmen, die Dringlichkeit wird durch die aktuelle Energiekrise noch erhöht. Ohne die nötigen personellen Ressourcen können die Klimaziele nicht erreicht werden und es werden eine massive Überlastung des Personals sowie Abgänge und krankheitsbedingte Ausfälle riskiert.

10	GFL/EVP	PGB	163	SUE	Amt_für	PG220100	Im Amt für Umweltschutz seien die personellen Ressourcen um 100 Stellenprozente bez. das Budget um 150'000 CHF aufzustocken.	Für eine Steigerung der intensiven Zusammenarbeit mit Hauseigentümer*innen, Planer*innen und Architekt*innen, um die Gebäudesanierungsquote zu steigern. Sowie für die Beschleunigung beim Prüfen und Realisieren von neuen Nahwärmeverbänden und des Transformationsprozesses weg von der fossilen Wärmeenergie (Gas etc.) inkl. gezielter Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren. Dies mit dem Ziel, der Erarbeitung und Umsetzung von Massnahmen zur Reduktion der grauen (importierten) CO2-Emissionen.
11	FDP/JF	PGB	148	SUE	Amt_für	PG220100	Auf das Reaudit Energiestadt Gold ist zu verzichten und das Budget um CHF 30'000.00 zu kürzen.	Immer mehr Gemeinden sind aus dem Label "Energiestadt" ausgetreten. Grundsätzlich muss der Nutzen solcher Labels hinterfragt werden, zumal er selten einen höchstens symbolischen Wert übersteigt. Die Stadt Bern soll entsprechend auf ein Reaudit verzichten.

12	FDP/JF	PGB	148	SUE	Amt_für	PG220100	Die CHF 60'000 für eine klimaneutrale Vermögensbewirtschaftung sind zu streichen.	Grundsätzlich ist es lobenswert, wenn klimaneutral gehandelt wird - dies sollte eigentlich selbstverständlich sein. Leider ist der Begriff "Klimaneutralität" nicht gesetzlich geschützt und nicht klar definiert. Es gibt keine eindeutigen Vorgaben, welche Emissionen genau für die Neutralstellung erfasst werden müssen. So besteht praktisch keine Vergleichbarkeit zwischen klimaneutral arbeitenden Unternehmen, ebenso wie es kein Zertifikat über Klimaneutralität gibt, das einer offiziellen Norm unterliegt. Der Begriff suggeriert eine Umweltfreundlichkeit, die viele umweltschädliche Aspekte ausklammert. In Expertenkreisen wird sogar von "der grünen Lüge" gesprochen, denn durch die Konzentration auf CO2 werden eine Vielzahl von Umweltschädigungen übersehen: das geht beim Artenverlust los, über die Verschlechterung des Grundwassers bis hin zu Feinstaub und Glyphosat. Deshalb ist diese Budgetposition ein Feigenblatt - sie bringt nichts und kostet nur. Mit einem Budget von CHF 60'000 kann man dieses Thema nicht seriös bearbeiten.
----	--------	-----	-----	-----	---------	----------	---	--

13	FDP/JF, Die Mitte	PGB	148	SUE	Amt_für	PG220100	Auf die Durchführung der Berner Nachhaltigkeitstage und auf das entsprechende Budget in Höhe von CHF 120'000 ist zu verzichten.	Nachhaltigkeit wird durch verschiedenste Massnahmen - z.B. mit einer steuerlichen Bevorzugung von nachhaltigen Sanierungen - direkt und stark gefördert. Diese direkt wirkenden Massnahmen sind für Private nachweislich Anreiz genug, sich darüber zu informieren und sie umzusetzen. Entsprechende von der Stadt Bern angebotene und verhältnismässig kostenintensive Informationstage sind daher weder nötig noch zielführend. Deshalb ist darauf zu verzichten.
----	-------------------	-----	-----	-----	---------	----------	---	---

14	FDP/JF, Die Mitte	IAFP		SUE	Polizeiin	PG230200	Auf die Erhöhung der Gebühr für Anwohnerparkkarten ist zu verzichten. Der budgetierte Mehrerlös in Höhe von CHF 1'579'200 ist zu eliminieren.	Öffentliche Parkplätze (blaue Zone) in der Stadt Bern werden Jahr für Jahr ein rareres Gut. Für Einwohnerinnen und Einwohner, die auf das Auto angewiesen sind (Familien, Schichtarbeitende, Personen mit Mühe beim Gehen, etc.), ist das zunehmend ein Problem. Wer ausreichend Geld hat, leistet sich deshalb eine Garage oder einen privaten Parkplatz. Vor allem diejenigen Einwohnerinnen und Einwohner, die ohnehin knapp rechnen müssen, beantragen eine Anwohnerparkkarte. Nun soll ausgerechnet auf dem Buckel dieser Einwohnerinnen und Einwohner auch noch die Anwohnerparkkarte teurer werden. Das ist nicht nur aus Sicht der individuellen Leistungsfähigkeit fragwürdig, sondern stellt - da zunehmend die Dienstleistung für die Parkkarte, der Parkplatz selbst, gar nicht mehr verfügbar ist - auch eine Verletzung des Äquivalenzprinzips dar. Deshalb darf die Gebühr für die Anwohnerparkkarte nicht erhöht werden.
----	-------------------	------	--	-----	-----------	----------	---	--

15	FDP/JF, Die Mitte	PGB		SUE	Polizeiin	PG230200	Auf die Erhöhung der Gebühr für Anwohnerparkkarten ist zu verzichten. Der budgetierte Mehrerlös in Höhe von CHF 1'579'200 ist zu eliminieren.	Öffentliche Parkplätze (blaue Zone) in der Stadt Bern werden Jahr für Jahr ein rareres Gut. Für Einwohnerinnen und Einwohner, die auf das Auto angewiesen sind (Familien, Schichtarbeitende, Personen mit Mühe beim Gehen, etc.), ist das zunehmend ein Problem. Wer ausreichend Geld hat, leistet sich deshalb eine Garage oder einen privaten Parkplatz. Vor allem diejenigen Einwohnerinnen und Einwohner, die ohnehin knapp rechnen müssen, beantragen eine Anwohnerparkkarte. Nun soll ausgerechnet auf dem Buckel dieser Einwohnerinnen und Einwohner auch noch die Anwohnerparkkarte teurer werden. Das ist nicht nur aus Sicht der individuellen Leistungsfähigkeit fragwürdig, sondern stellt - da zunehmend die Dienstleistung für die Parkkarte, der Parkplatz selbst, gar nicht mehr verfügbar ist - auch eine Verletzung des Äquivalenzprinzips dar. Deshalb darf die Gebühr für die Anwohnerparkkarte nicht erhöht werden.
16	JUSO, JA!	IAFP	135	SUE	Polizeiin	PG230400	Trotz Digitalstrategie können Geschäfte von Einwohner*innen weiterhin vor Ort erledigt werden.	Menschen, die nicht zu den DigitalNatives gehören oder aus anderen Gründen keinen Zugang haben zu Computern, sollen nicht diskriminiert werden. Die Einwohner*innendienste sind ein Service Public, weshalb sie für alle zugänglich sein sollen.

17	FDP/JF	IAFP	141	SUE	Schutz_	PG245300	Eventualantrag (Verzicht auf Einführung einer Feuerwehrrspflicht): Die Einnahmen aus der Feuerwehrrersatzabgabe sind ausschliesslich für Feuerwehraufgaben einzusetzen. Anderweitige für Feuerwehraufgaben vorgesehene Ausgaben sind entsprechend dauerhaft einzusparen.	Die Feuerwehrrersatzabgabe soll nur Feuerwehraufgaben zukommen. Damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Stadt Bern aufgrund der Abgabe nicht stärker als vorher belastet werden, muss die Ersatzabgabe anderweitige (geplante) Ausgaben kompensieren.
18	FDP/JF	IAFP	141	SUE	Schutz_	PG245300	Eventualantrag (Verzicht auf Einführung einer Feuerwehrrspflicht): Die Einnahmen aus der Feuerwehrrersatzabgabe sind mit einer Herabsetzung der Einkommenssteuern zu kompensieren (Senkung Steuerfuss).	Bis anhin wurden die Feuerwehraufgaben via Gesamthaushalt (Budget Stadt Bern) erfüllt. Damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Stadt Bern aufgrund der Abgabe nicht stärker als vorher belastet werden, muss die Ersatzabgabe mit tieferen Steuern kompensiert werden. Eine zwingen Abgabe ist sonst einer versteckten Steuererhöhung für Privatpersonen unter 50 Jahren gleichgesetzt.
19	FDP/JF, Die Mitte	PGB	141	SUE	Schutz_	PG245300	Auf die Einführung der Feuerwehrrpflicht und damit verbunden der Feuerwehrrpflichtersatzabgabe ist zu verzichten. Die entsprechend budgetierten Mehreinnahmen in Höhe von jährlich CHF 6'200'000 ab 2023 sind zu eliminieren.	Die Stadt Bern unterhält eine Berufsfeuerwehr. Folglich würde die Einführung einer Feuerwehrrpflicht bzw. Feuerwehrrpflichtersatzabgabe das Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip verletzen und damit eine verkappte Steuererhöhung sein. Auf die Einführung einer Feuerwehrrpflicht ist deshalb zu verzichten.
20	AL/PdA	PGB	192	SUE	Schutz_	PG245300	Auf die Budgetierung der 6,2 Mio. sei zu verzichten.	Ob und wie die Feuerwehrrdienstpflicht und damit die Feuerwehrrdienstpflichtersatzabgabe umgesetzt werden ist noch offen.
21	SVP	IAFP		SUE	Tierpark	PG820100	Auf die wiederkehrenden Sparmassnahmen der Stadt Bern in der Höhe von Fr. 300'000.00 sei zu verzichten. Das Budget ist um Fr. 300'000.00 zu erhöhen.	

22	SVP	PGB		SUE	Tierpark	PG820100	Auf die wiederkehrenden Sparmassnahmen der Stadt Bern in der Höhe von Fr. 300'000.00 sei zu verzichten. Der städtische Beitrag an den Tierpark ist entsprechend von Fr. 7'777'003.00 auf Fr. 8'077'003.00 zu erhöhen.	
----	-----	-----	--	-----	----------	----------	---	--

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	IAFP oder PGB	Seite	Direktion	Dienststelle	PG-Nr.	Planungserklärung / Antrag	Begründung
1	FDP/JF, Die Mitte	PGB		BSS	Direktion	PG300100	Auf den neuen Sozialpreis der Stadt Bern ist zu verzichten. Das Budget ist um CHF 10'000.00 zu reduzieren.	In der Stadt Bern gibt es bereits diverse Preise, etwa die Preise der Burgergemeinde Bern. Es ist nicht sinnvoll, dass die Stadt Bern einen eigenen Preis vergibt. Zum Preisgeld von CHF 10'000.00 kommen Personalaufwände der Stadt Bern (Ausschreibung, Auswahl, Organisation und Kommunikation Preisübergabe etc.) hinzu, welche aber nicht beziffert werden konnten. Selbstredend wären diese ebenfalls zu streichen.
2	SVP	PGB	232	BSS	Direktion	PG300200	3) Durchführung Suchtforum (P210-240) Die Steuerungsvorgabe 3 ist ersatzlos zu streichen.	Das Suchtforum ist unnötig und bietet als Luxusveranstaltung keinen nennenswerten Ertrag.
3	SVP	PGB	239	BSS	Direktionsstabsdienste und Koordinationsstelle Sucht	PG300500	Die Fachstelle sei aufzuheben und damit das Budget um Fr. 889'838.62 zu kürzen.	Die Beibehaltung dieser Fachstelle ist angesichts der bei Bund und Kanton vorhandenen und privaten Organisationen und Kapazitäten nicht länger zu rechtfertigen.
4	SVP	PGB	239	BSS	Direktionsstabsdienste und Koordinationsstelle Sucht	PG300500	Eventualantrag: Kürzung der Nettokosten um Fr. 400'000.00.	Die Beibehaltung der Fachstelle ist mit 50% noch immer grosszügig dotiert.

20	SVP	PGB	239	BSS	Direktionsstabsdienste_und_Koordinationsstelle_Sucht	PG300500	Eventualantrag: Kürzung der Nettokosten um Fr. 120'000.00.	
5	Die Mitte, FDP/JF	IAFP	246	BSS	Sozialan	PG310100	Massnahme 5.6 Beratungsangebot Wohnen : das befristete Konzept sei nicht weiterzuverfolgen und auf die Umsetzung zu verzichten.	Die am 17.10 2018 verabschiedete Wohnstrategie sah Massnahmen 5.6 und 5.7 in der Verantwortung des Sozialamts. 5.6 ist ein Beratungsangebot Wohnen. Das Ausarbeiten und Umsetzen eines Konzepts zur Schaffung eines neuen Beratungsangebots ist angesichts der finanzpolitisch heiklen Situation ein nice-to-have und keine zwingende neue Aufgabe für die Stadt Bern.
6	Die Mitte, FDP/JF	PGB	246	BSS	Sozialan	PG310100	PGB310100 sei um Fr. 88'000.00 für das Konzept Beratungsangebot Wohnen zu kürzen, Personalkosten Fr. 84'000.00 und Infrastrukturkosten Fr. 4'000.00.	Die am 17.10 2018 verabschiedete Wohnstrategie sah Massnahmen 5.6 und 5.7 in der Verantwortung des Sozialamts. 5.6 ist ein Beratungsangebot Wohnen. Das Ausarbeiten und Umsetzen eines Konzepts zur Schaffung eines neuen Beratungsangebots ist angesichts der finanzpolitisch heiklen Situation ein nice-to-have und keine zwingende neue Aufgabe für die Stadt Bern.
7	FDP/JF, Die Mitte	IAFP	98	BSS	Sozialan	PG310600	Auf die Massnahme 6 "Niederschwellige Hilfen sicherstellen" ist zu verzichten. Das Budget für die Planjahre 2024 und 2025 ist um je CHF 200'000.00 zu kürzen.	Es ist mehr als fraglich, ob mit dieser Massnahme die erhofften Effekte erzielt werden, oder ob es für die beziehenden Personen nicht gar kontraproduktiv sein kann. Die Stadt Bern soll zuerst die Erfahrungen anderer Schweizer Städte abwarten (z.B. Luzern) und mit der Umsetzung von M6 aus der BIAS-Strategie entsprechend warten.

8	FDP/JF	PGB	225	BSS	Schulam	PG320200	Auf die Anpassung des Betreuungsschlüssels in der Tagesbetreuung ist zu verzichten. Die Mittel sind um CHF 500'000.00 zu kürzen.	Der vom Kanton Bern finanzierte Betreuungsschlüssel garantiert eine pädagogisch wertvolle Kinderbetreuung. Wer dies anders sieht, muss sich auf kantonaler Ebene für zusätzliche Mittel einsetzen. Der Betreuungsschlüssel 1:6 ist weder pädagogisch notwendig, noch kann sich die Stadt Bern diesen leisten, zumal die Kosten hierfür in den kommenden Jahren von CHF 500'000.00 auf rund CHF 5'000'000.00 steigen werden.
9	SBK	PGB	302	BSS	Familie _und_ Quartier_ Stadt_B ern	PG330100	Auf die Streichung der 60%-Stelle "Quartierentwicklung" ist zu verzichten und der Globalkredit entsprechend um CHF 86'500 zu erhöhen.	Diese Stelle leistete einen wesentlichen Beitrag in den Quartierentwicklungsprozessen, in dem sie zwischen der Stadt und Quartierakteur*innen koordiniert und bei Planungen (Schulhausneubauten, Siedlungsentwicklungen, Umgestaltungen von Parks, etc.) mit soziokultureller Perspektive unterstützt hat und Lücken in den Angeboten der Leistungsvertragspartner*innen so teilweise entgegenwirken konnte. Für den steigenden Bedarf an Planung von sozialer Infrastruktur braucht es Ressourcen.
10	AL/PdA	IAFP	172	BSS	Familie _und_ Quartier_ Stadt_B ern	PG330101	Ab PJ 2024 sollen die Zahlen gemäss "worst case" als Berechnungsgrundlage berücksichtigt werden.	Prognosen zum Bedarf und der Nachfrage nach Kinderbetreuung sind nach wie vor mit Unsicherheiten verbunden. Aufgrund der noch nicht abzuschätzenden pandemiebedingten Veränderungen in der Arbeitswelt und Kinderbetreuung sind derzeitige Einsparungen bezüglich Betreuungsgutscheinen riskant.

11	GB/JA!	PGB	329	BSS	Alters_und_Versicherungsamt	PG350500	Auf den damaligen Abbau der Projektleitungsstelle im Kompetenzzentrum Alter sei zu verzichten und der Globalkredit um 70'000.- zu erhöhen.	Das Thema Alter wird aus demografischen Gründen je länger je wichtiger – die Coronakrise hat Themen wie Einsamkeit/Isolation im Alter eindrücklich aufgezeigt und verschärft. Es braucht in der Stadt entsprechend je länger je mehr Unterstützungsangebote, um die Teilhabe von älteren Menschen zu stärken. Mit der Verabschiedung des Altersreglementes hat der Stadtrat dieses Ziel in den Fokus gestellt. Für die Umsetzung des Reglementes wie auch der Altersstrategie 2030 braucht es entsprechend personelle Ressourcen.
12	FDP/JF	PGB	329	BSS	Alters_u	PG350500	Auf den Tag der Nachbarschaft ist zu verzichten. Das Budget ist um CHF 12'500.00 zu reduzieren. Die personellen Ressourcen (40-50 Stunden) sind für andere Massnahmen der Altersstrategie einzusetzen.	Ein Lebensraum, der allen Alters- und Bevölkerungsgruppen zugute kommt, ist richtig und wichtig. Dieses Ziel kann aber auch ohne staatlichen Interventionismus wie den "Tag der Nachbarschaft" erreicht werden.
13	Die Mitte	IAFP		BSS	Schulza	PG360100	Die Nettokosten sind um 200'000CHF zu reduzieren.	Der schulzahnmedizinische Dienst ist wirtschaftlich bislang schlecht gefahren. Mit der Zusammenlegung der Klinikstandorte können erstmals Synergieeffekte genutzt werden, was ökonomische Folgen haben muss.
14	FDP/JF, Die Mitte	IAFP		BSS	Schulza	PG360100	Der SZMD prüft eine engerere Zusammenarbeit mit der Zahnmedizinischen Klinik der Universität Bern (ZMK) auch wenn noch kein gemeinsamer Standort vorhanden ist.	Ein von der BSS in Auftrag gegebener Bericht hat 2017 klar gezeigt, dass es sinnvoll wäre, wenn SZMD und ZMK enger zusammenarbeiten würden. Diese Zusammenarbeit darf nicht durch das fehlen eines gemeinsamen Standortes verhindert werden.
15	SVP	IAFP		BSS	Sportamt	PG380100	Es seien wieder reduzierte Abendeintritte mit Kostenreduktion von mindestens 40% in den kostenpflichtigen Eintrittsgebühren in Sportstätten einzuführen.	Die Aufhebung der Reduktion führt zu Reduktion der Eintritte und steht im Widerspruch zum Ziel der Sportstadt. Die Abendeintritte entsprechen einem Bedürfnis der Bevölkerung.
16	SVP	IAFP		BSS	Sportamt	PG380100	Es seien reduzierte Abendeintritte und Mittagseintritte mit Kostenreduktion von mindestens 30% in den eintrittspflichtigen städtischen Museen und Sportstätten einzuführen.	Die Aufhebung der Reduktion führt nur zu Reduktion der Eintritte.

17	SVP, Sibyl Eigenmann	IAFP		BSS	Sporta mt	PG380100	Auf die geplante definitive Schliessung des Hallenbades Hirschengraben im 2023 ist zu verzichten.	Das beliebte Hallenbad Hirschengraben ist zu erhalten. Das Bad ist offen ab 6.00 Uhr und bietet den Berufstätigen die Möglichkeit, vor der Arbeit schwimmen zu gehen. Die gute Erreichbarkeit ist für die Stadtbewohner und Pendler ein idealer Ort, sich früh Morgens, aber auch über Mittag sportlich zu betätigen. Eine Weiterführung durch Dritte ist als Option zu prüfen.
18	SVP	PGB	230	BSS	Sporta mt	PG380100	Es seien zusätzliche Abendeintritte bei der KaWeDe einzuführen. Das Budget ist entsprechend um Fr. 2'000.00 zu erhöhen.	
19	SVP	PGB	367	BSS	Sporta mt	PG380100	Auf die spätere Öffnungszeit (erst ab 9 Uhr) der Freibäder ist zu verzichten. Das Freibad Marzili soll in den Monaten Juni bis August weiterhin bereits um 7 Uhr öffnen. Das Budget sei um Fr. 13'750.00 zu erhöhen.	Für Berufstätige und auch Schulklassen wird es nicht mehr möglich sein, frühzeitig schwimmen zu gehen. Die Unterrichtszeiten der Sportklassen müssten entsprechend angepasst werden.

Nr.	Einreichende / Antragsstellende	IAFP oder PGB	Seite	Direktion	Dienststelle	PG-Nr.	Planungserklärung / Antrag	Begründung
1	FDP/JF, Die Mitte	IAFP		TVS	Direktion	A_übergeord	Die Direktion TVS zeigt auf, wo innovative Projekte (Arbeitsunterstützungen mit neuer Technik, Automationen etc.) verfolgt werden und wieviel CHF und FTE dafür eingeplant ist.	Sowohl in der Verkehrsplanung und Lenkung wie auch bei Bauvorhaben sind neue Technologien entwickelt und die Stadt sollte sich damit befassen, im Hinblick auf Mitarbeiterentlastung, vereinfachte Prozesse oder neue Systeme. Diese können zu Verbesserungen für die Bewohnerinnen und Bewohner wie auch Ressourceneinsparungen (Material und Aufwand) führen welche man nutzen sollte.
2	SVP	IAFP		TVS	Tiefbau	PG510300	Die Stadt erstellt auf der Schützenmatte wieder kostenpflichtige Parkplätze.	Die Zwischennutzung /Mediation führte nur zu neuen Kosten. Die Situation hat sich gegenüber früher gleichwohl massiv verschlechtert. Die Stadt ist auf diese Einnahmen dringend angewiesen.
3	SVP	IAFP		TVS	Tiefbau	PG510300	Die Stadt erstellt neue zusätzliche kostenpflichtige Parkplätze, bisherigen Parkplätze in weisser und/oder blauen Zonen dürfen nicht umgewandelt werden.	Die Stadt hat Geldnot, es besteht eine grosse Nachfrage nach Parkplätzen. Win-win situation.
4	SVP	IAFP		TVS	Tiefbau	PG510300	Die Parkgebühren seien auf Fr. 2.50 pro Stunden zu reduzieren.	Die Parkgebühren sind auch gemäss Empfehlungen Preisüberwacher zu hoch (Vorgabe Äquivalenzprinzip).
5	FDP/JF, Die Mitte	IAFP		TVS	Tiefbau	PG510300	Auf die Erhöhung der Gebühr für das Parkieren ist zu verzichten. Der budgetierte Mehrerlös in Höhe von CHF 1'800'000 ist zu eliminieren.	Öffentliche Parkplätze (weisse Zone) in der Stadt Bern werden Jahr für Jahr ein rareres Gut. Dies trifft nicht nur jene Personen, welche auf ein Auto angewiesen sind, sondern auch das Gewerbe. Des Weiteren widersprechen die zur Begründung herangezogenen sogenannten «externen» Kosten sowohl dem Kostendeckungs-, Äquivalenz- als auch dem Legalitätsprinzip. Deshalb darf die Gebühr für das Parkieren nicht erhöht werden.

6	SVP	PGB	413	TVS	Tiefbau	PG510300	Die Stadt erstellt auf der Schützenmatte wieder kostenpflichtige Parkplätze. Die Mehreinnahmen von Fr. 400'000.00 sind im Budget entsprechend zu kürzen.	Die Stadt kann sich nicht leisten auf die Einnahmen zu verzichten.
7	FDP/JF, Die Mitte	PGB		TVS	Tiefbau	PG510300	Auf die Erhöhung der Gebühr für das Parkieren ist zu verzichten. Der budgetierte Mehrerlös in Höhe von CHF 1'800'000 ist zu eliminieren.	Öffentliche Parkplätze (weisse Zone) in der Stadt Bern werden Jahr für Jahr ein rareres Gut. Dies trifft nicht nur jene Personen, welche auf ein Auto angewiesen sind, sondern auch das Gewerbe. Des Weiteren widersprechen die zur Begründung herangezogenen sogenannten «externen» Kosten sowohl dem Kostendeckungs-, Äquivalenz- als auch dem Legalitätsprinzip. Deshalb darf die Gebühr für das Parkieren nicht erhöht werden.

8	SVP	IAFP		TVS	Tiefbau	PG510400	Eventualantrag zu Antrag 4: Die Einführung einer Monatsveloparkvignette von CHF 10.-, Halbjahresveloparkvignette von CHF 25.-, Jahresveloparkvignette von CHF 30.-	Das Velo ist ein wichtiger Teil des Stadtverkehrs, und zwar sowohl als eigenständige Mobilitätsform als auch in Kombination mit den anderen Verkehrsmitteln. Mit attraktiven, sicheren und zusammenhängenden Wegnetzen sind bereits Voraussetzungen für die vermehrte Nutzung des Velos geschaffen worden. Von gleichrangiger Bedeutung für die Wahl des Velos als Verkehrsmittel ist eine qualitativ hochwertige Veloparkierung: geschaffen worden und beansprucht viel und genügend Platz. Veloparkierung ist ein Thema, das weit über die Verkehrsplanung hinausreicht: falsch abgestellte, umgefallene oder beschädigte Velos machen einen schlechten Eindruck, versperren den Platz, erhöhen das Vandalismusrisiko und beeinträchtigen die Sicherheit im öffentlichen Raum. Die Stadt Bern verfügt bereits über eine sehr gute Veloinfrastruktur, wo viel Geld investiert wurde und genügend bequem erreichbare Veloparkplätze. Die Einführung einer kostenpflichtigen Park-Velovignette für alle parkierten Velos in der Stadt Bern gerechtfertigt.
9	GB/JA!	PGB	425	TVS	Stadtg rün_B ern	PG520100	Auf die geplante Stellenreduktion ist zu verzichten (vgl. IAFP S. 82) und das Budget entsprechend um 110'000.- aufzustocken.	Die abzubauenen Projektleitenden-Stellen wären dafür verantwortlich, dass Themen wie Baumschutz, Naturschutz und Förderung Biodiversität sowie Klimaanpassungsmassnahmen in die Projekte eingebracht und umgesetzt werden. Dies wird dazu führen, dass die Klimaziele, die dringend notwendige Qualität für Biodiversität und Stadtklima nicht erreicht werden können.

10	GB/JA!	PGB	425	TVS	Stadtgrün_Bern	PG520200	Auf die geplante Stellenreduktion ist zu verzichten (vgl. IAFP S. 82) und das Budget entsprechend um 180'000.- aufzustocken.	Bereits mit den für das Jahr 2022 umgesetzten Stellenreduktion können die Aufgaben nicht mehr im nötigen Rahmen umgesetzt werden. Das führt zu einer Überlastung des Personals. Aufgrund der weiteren Stellenreduktion wird die Pflege und der Unterhalt der bestehenden Grüninfrastruktur nicht mehr im nötigen Masse gewährleistet werden können. Die Folge ist ein Werteverfall der mittelfristig viel höhere Ausgaben nötig macht. Zudem wirkt es sich negativ auf die Biodiversität und die Umsetzung der Klimaziele aus.
11	SP/JUSO	PGB	431	TVS	Stadtgr	PG520200	Das Budget für Baumpflege und -kontrolle ist um CHF 100'000.- aufzustocken.	Bäume sind sehr wichtig fürs Stadtklima und für die Förderung der Biodiversität, dies insbesondere bei zunehmender Hitze und häufigeren Extremwetterereignissen. Die aktuellen Ressourcen reichen für die Kontrolle und Pflege der Bäume allerdings nicht aus. Bessere und flächendeckende Baumkontrollen und darauf basierende gezieltere Baumpflegemassnahmen sind dringend notwendig für einen gesunden und sicheren Baumbestand in der Stadt Bern und sollten so schnell wie möglich implementiert werden.

12	GLP/JGLP	IAFP	201	TVS	Stadtgr	PG520400	Der Gemeinderat plant eine neue Parkanlage für Bümpliz und verzichtet auf das Anlegen neuer Gräber auf dem Friedhof Bümpliz. Künftig sollen Bestattungen in neue Gräber nur noch auf den beiden grösseren Friedhöfen (Bremgarten- und Schosshaldenfriedhof) erfolgen. Die Gräber auf dem Friedhof Bümpliz bleiben bis zum Ablauf der Konzessionen bestehen. Solange dient die Anlage noch als Friedhof, später dann als öffentliche Parkanlage.	Wie der Gemeinderat berichtet, bestehe auf dem Friedhof Bümpliz ein grosser Investitionsbedarf in Millionenhöhe bei den Gebäuden und bei der Ausstattung und Inneneinrichtung. Gemäss neusten Medienberichten geht zudem die Anzahl an Personen, die sich auf dem Friedhof beerdigen lassen, massiv zurück. Immer mehr Angehörige nehmen die Urne mit nach Hause. Räumlichkeiten und Orte für Urnen bleiben ungenutzt, sodass z.B. der Bremgartenfriedhof Umnutzungen für ein Cafe plant. Unter diesen Gesichtspunkten und der angespannten Finanzlage ist ein Weiterbetrieb des Friedhofs Bümpliz nicht mehr zeitgemäss und nicht tragbar.
13	GB/JA!	PGB	425	TVS	Stadtgrün_Bern	PG520400	Auf die geplante Stellenreduktion ist zu verzichten (vgl. IAFP S. 82) und das Budget entsprechend um 60'000.- aufzustocken.	Bereits mit den für das Jahr 2022 umgesetzten Stellenreduktion können die Aufgaben nicht mehr im nötigen Rahmen umgesetzt werden. Das führt zu einer Überlastung des Personals. Aufgrund der weiteren Stellenreduktion wird die Pflege und der Unterhalt der bestehenden Grüninfrastruktur nicht mehr im nötigen Masse gewährleistet werden können. Die Folge ist ein Werteverfall der mittelfristig viel höhere Ausgaben nötig macht. Zudem wirkt es sich negativ auf die Biodiversität und die Umsetzung der Klimaziele aus.
14	SVP	IAFP		TVS	Verkehr	PG580100	Für die Verkehrsplanung gilt für die nächsten vier Jahre ein Personalstopp.	Begründung: die Verkehrsplanung hat in den letzten fünf Jahren (2015 – 2019) ihren Personalbestand von 13 auf knapp 25 Vollzeitstellen aufgestockt. Dies steht in keinem Verhältnis zu den Aufgaben dieser Amtsstelle.

15	SVP	IAFP	181	TVS	Verkeh	PG580100	Die Verkehrsplanung hat ihren Personalbestand um 30 % innerhalb der nächsten drei Jahre zu kürzen.	Die Verkehrsplanung hat in den letzten fünf Jahren (2015 – 2019) ihren Personalbestand von 13 auf knapp 25 Vollzeitstellen aufgestockt. Dies steht in keinem Verhältnis zu den Aufgaben dieser Amtsstelle.
16	SVP	IAFP	203	TVS	Verkeh	PG580100	Kürzung der Mittel um 50 %	Die Verkehrsplanung schafft nur neue Probleme und kämpft gegen Parkplätze. Diese wirtschaftsfeindliche Einstellung kann nur gestoppt werden, wenn die Mittel entsprechende gekürzt werden.
17	SVP	IAFP	203	TVS	Verkeh	PG580100	Eventualantrag: Kürzung Mittel um 25%.	
18	SVP	IAFP	203	TVS	Verkeh	PG580100	Dem Schutz der Fussgänger vor Velos sei endlich die nötige Priorität einzuräumen, dies sowohl betr. fahrenden als auch des ruhenden Veloverkehrs.	
19	SVP	PGB	444	TVS	Verkeh	PG580100	Kürzung des Budgets um 2 Millionen.	Die Verkehrsplanung schafft nur neue Probleme und kämpft gegen Parkplätze. Diese wirtschaftsfeindliche Einstellung kann nur gestoppt werden, wenn die Mittel entsprechende gekürzt werden.
20	SVP	PGB	203	TVS	Verkeh	PG580100	Eventualantrag: Kürzung des Budgets um 1 Million.	
21	SVP	PGB	203	TVS	Verkeh	PG580200	Globalkürzung um CHF 2'450'000 bei der Förderung Fuss- und Veloverkehr.	Der Fuss- und Veloverkehr wurde in den letzten Jahrzehnten genügend gefördert.
22	SVP	PGB	444	TVS	Verkeh	PG580200	Eventualantrag: Kürzung der Nettokosten um Fr. 1'500'000.00 zulasten PG580200 Förderung Fuss und Veloverkehr. Der Betrag ist vollumfänglich für den Schuldenabbau einzusetzen.	
23	SVP	PGB	444	TVS	Verkeh	PG580200	Eventualantrag: Globalkürzung um CHF 1'000'000 bei der Förderung Fuss- und Veloverkehr.	Der Fuss- und Veloverkehr wurde in den letzten Jahrzehnten genügend gefördert.
24	SVP	PGB	444	TVS	Verkeh	PG580200	Eventualantrag: Kürzung der Nettokosten um 250'000 Franken zulasten PG580200 Förderung Fuss und Veloverkehr. Der Betrag sei vollumfänglich für Schuldenabbau einzusetzen.	

25	SVP	PGB	444	TVS	Verkeh	PG580200	Kürzung der Nettokosten um 350'000 Franken, zugunsten Erhöhung der Nettokosten bei PG210100 Kantonspolizei (siehe SVP-Antrag bei Kantonspolizei).	
26	SVP	PGB	444	TVS	Verkeh	PG580200	Die Mittel für das Veloverleihsystem sind um Fr. 500'000.00 zu kürzen.	
27	SVP	IAFP	31	TVS	Entsorg	PG870100	Auf die geplante Einführung und die weitere Planung eines neuen Abfall- und Wertstoffsammelsystem (Farbsacktrennsystem) soll verzichtet werden.	Die Vernehmlassung zeigte, dass nebst den bürgerlichen Parteien zumindest eine Quartierorganisation das Abfalltrennsystem entschieden abgelehnt.

Nr.	Einreichende / Antragsstellend	IAFP oder PGB	Seite	Direk- -tion	Dienstst- elle	PG-Nr.	Planungserklärung / Antrag	Begründung
1	FDP/JF	IAFP		FPI	Steuerver	A_übergeo	Die Prognosen der Gewinn- und Kapitalsteuern für juristische Personen sind bis 2025 maximal auf CHF 100'000'000.00 (Rechnungsergebnis 2021) festzulegen.	Aufgrund der zurzeit aus mehrfachen Gründen unsicheren Wirtschafts- und Steuerertragslage (Inflation / steigende Zinsen / Verschlechterung der Wirtschaftssituation / STAF / Steuerprojekte der OECD / Bestrebungen aller Nachbarkantone, die Gewinnsteuern massiv zu senken - es droht deshalb ein Wegzug von Unternehmen aus dem Kanton Bern) ist es angemessen, die Prognose der Gewinn und Kapitalsteuern von juristischen Personen auf dem Stand von 2021 festzulegen.

2	SP/JUSO	PGB	472	FPI	Finanzver	PG610400	Die finanziellen Mittel für einen angemessenen Teuerungsausgleich an das städtische Personal sollen von 3,3 Mio. Franken (Teuerung von 1 %) auf 9,9 Mio. Franken (Teuerung von 3 %) erhöht werden.	Im PGB 2023 ist eine Teuerungszulage für das städtische Personal von 1 % berücksichtigt. Die entsprechenden Mittel (3,3 Mio. Franken) sind zentral bei der Finanzverwaltung eingestellt. Zum Zeitpunkt der Budgetierung ging der Gemeinderat von einer deutlichen tieferen Teuerung aus (SNB-Prognose von 1 %). Gemäss Nationalbank dürfte diese aber per Ende 2022 bei rund 3 % liegen. Aufgrund der unerwarteten Entwicklung der letzten Monate sind dafür deutlich höhere finanzielle Mittel notwendig. Nur so lässt sich ein adäquater Teuerungsausgleich und damit der Erhalt der Kaufkraft für das städtische Personal auf Anfangs 2023 sicherstellen. Über einen Nachkredit des Stadtrats wäre ein Teuerungsausgleich über 1% erst per Mitte 2023 möglich, wie die Erfahrung zum Teuerungsausgleich 2021 zeigt. Die genaue Höhe des Teuerungsausgleichs ist wie üblich vom Gemeinderat mit den Sozialpartnern unter Berücksichtigung der finanziellen Lage des städtischen Finanzhaushalts auszuhandeln.
3	SVP	IAFP		FPI	Immobilien	PG620100	Die Verlagerung von Büroräumlichkeiten in der Innenstadt in Aussenquartiere ist zu forcieren. Ziel. Kosteneinsparungen bei der Miete. 2. Auslaufende Baurechtsverträge sind öffentlich auszuschreiben und zu Marktkonditionen zu verlängern, sofern die Stadt Bern nicht konsequent von ihrem Vor- oder Rückkaufsrecht Gebrauch macht. 3. Bewilligungsverfahren für Leuchtreklamen auf eigenem städtischem Grund sind zu erleichtern und die Einnahmen dadurch deutlich zu erhöhen.	

4	Die Mitte, FDP/JF	IAFP	212	FPI	Immobilien	PG620100	Die Raumkosten sind pro Kopf um 10% zu senken	Einsparung Heizkosten durch innere Verdichtung, Homeoffice & Energiekrise: Die Stadt soll aufgrund zweier neuen Erkenntnisse in den letzten Jahren übergeordnet Heizkosten einsparen: Einerseits führt die Zunahme von Homeoffice bereits mittelfristig zu einer Reduktion an Büroflächen, ergo weniger Heizaufwand. Ausserdem führt die durch den Ukraine-Krieg ausgelöste Energieknappheit zu einem grösseren Bereitschaft der Angestellten, tiefere Raumtemperaturen zu akzeptieren.
5	SVP	IAFP		FPI	Immobilien	PG620200	Verkauf der Berner Reitschule im Baurecht an Dritte. Durch den Verkauf sind positive Auswirkungen auf die Finanzsituation zu erwarten.	
6	SVP	IAFP		FPI	Immobilien	PG621100	Prüfung ob das Rebgut an Dritte verpachtet oder im Baurecht abgegeben werden kann. Dadurch sind positive Auswirkungen auf die Finanzsituation zu erwarten.	
7	SVP	IAFP		FPI	Steuerver	PG630400	Steuer zahlende Privatpersonen mit einem steuerbaren Einkommen von über CHF 600'000 p.a. sind jährlich mindestens einmal zu kontaktieren im Sinne einer aktiven Kundenpflege. (z.B. telefonisch, schriftlich, Dankeschreiben, Einholung von Informationen zur Zufriedenheit usw.)	

8	Die Mitte, FDP/JF	IAFP	539	FPI	Fonds_für	PG860100	Die tieferen Mietzinseinnahmen bei Geschäftsliegenschaften in der Christoffel-Unterführung sind zu vermeiden. Die veranschlagten Nettozinseinnahmen sollen um 0,35 Mio aufgestockt werden.	Die Christoffel-Unterführung zählt zur besten Lage für Geschäftsliegenschaften. Es ist unverständlich, dass die Stadt dort tiefere Mietzinsen akzeptiert. Die abnehmenden Passantenströme aufgrund der Umlenkung via neue Bahnhofspassage Bubenbergr (ZBB) zählt (noch) nicht als Argument. Im Gegenteil, aufgrund der erwarteten Grossbaustelle kann erwartet werden, dass die Passantenströme weiterhin hoch bleiben in der Christoffel-Unterführung.
9	FDP/JF, Die Mitte	IAFP	230	FPI	Fonds_für	PG860100	Auf den weiteren Erwerb von Liegenschaften (Wohnraum) ist zu verzichten.	Ostermündigen verfügt über sehr viel günstigen Wohnraum. Die Stadt Bern soll ihre eigenen Zukäufe von Wohnraum sistieren bis klar ist, wie sich die Fusion der beiden Gemeinden auf den Wohnungsmarkt auswirkt.
10	SVP	PGB	541	FPI	Fonds_für	PG860100	Das Ziel: 2. Lemma ist wie folgt anzupassen: "Zu diesem Zweck baut die Stadt vermehrt wieder selbst." ist zu streichen.	